



„Weihnachtswunder . . .“



Foto: Heiko Stumpe via IGM

...so nannte die IG Metall das Ergebnis nach fünf Tagen und Nächten Verhandlungen mit Volkswagen. Die vom VW-Vorstand für Sommer 2025 geplanten betriebsbedingten Kündigungen und Werksschließungen sind (für's Erste) vom Tisch. Aber wir zahlen auch einen hohen Preis: keine Tariferhöhungen in den nächsten zwei Jahren, Verzicht auf Teile von Sonderzahlungen, Erhöhung der Wochenarbeitszeit, nur noch halb so viele Ausbildungsplätze, ein überarbeitetes Entgeltsystem, durch das die Entgeltsumme pauschal um 6 % sinken soll.

Bis 2030 sollen das jährliche Fahrzeugvolumen (in Deutschland) deutlich gesenkt und mehr als jeder vierte Arbeitsplatz (35.000!) vernichtet werden – „sozialverträglich“, ohne betriebsbedingte Kündigungen. Diese Stellen sind in den Standorten und Regionen verloren. Das heißt: verschärfte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Für die Werke in Osnabrück und Dresden fehlen auch schon vor 2030 tragfähige Zukunftsaussichten und Belegungspläne.

„Sanierungsfall“ Volkswagen?

Die Familie Porsche/Piëch als Haupteigentümer und der VW-Vorstand hatten harte Einschnitte gefordert – Werkschließungen und betriebsbedingte Kündigungen. 100.000 kampfbereite Kolleginnen und Kollegen verhinderten dies mit massiven Warnstreiks im Dezember – den größten in der Geschichte des Konzerns. Dieser Abschluss gibt uns Zeit, den Widerstand vorzubereiten gegen kommende Verschlechterungen, wie das neue Entgeltsystem.

Kämpfen lohnt sich!

Konzernspitze und Medien stellten Volkswagen als „Sanierungsfall“ dar: Die Absatzzahlen sinken, man müsse sparen. Die IG Metall hatte diese Darstellung übernommen und eigene „Sparvorschläge“ vorgelegt. Doch noch im Sommer 2024 hatte der Konzern 4,5 Mrd. € Dividenden ausgeschüttet. Das erklärte Ziel der Tarifeinigung ist und bleibt eine Umsatzrendite von 6,5 %, um die Aktionäre zufrieden zu stellen.

Die Bosse sollen zahlen!

Doch die „soziale Abfederung“ des Arbeitsplatzabbaus zahlen wir. Das Management wird zwar auch herangezogen, aber nicht die Aktionäre! Die Auseinandersetzungen bei VW und in anderen Großbetrieben zeigen: „unsere“ Arbeitsplätze sind niemals sicher, solange sie Privateigentum einiger Milliardäre sind. Die Laufzeit bis 2030 müssen wir nutzen, um die gewerkschaftliche Gegenmacht zu stärken für:

- Kampf um jeden Arbeitsplatz
- Ausbau der Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- Ökologischer Umbau auf Kosten der Aktionäre, nicht der Arbeitenden
- Weniger Arbeit für alle – her mit der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Nein zu Rassismus und Standortnationalismus – hoch die internationale Solidarität!



Zukunft ohne Jugend?!

Die Trommeln haben zu Ende geschlagen, ein Tarifabschluss wurde erzielt. Die Älteren von uns, die noch zum HTV1 gehören, tragen die größte Last.

Doch wie steht es um die Jugend?

Jubel auf, die Ausbildungsvergütungen steigen um 140 € brutto! Ein Schritt in die richtige Richtung, denn als Geringverdienende leiden wir besonders unter der Inflation der letzten Jahre.

... und wie sieht's mit dem Rest aus?

VW bot jährlich 1150 Ausbildungsplätze (inkl. StiP) an, die auf alle Standorte in Deutschland verteilt sind. Diese Zahl wurde nun auf 650 gekürzt.

Der Vorstand wollte sogar runter auf 420. Wir sprechen hier von einem Weltkonzern, der diese Kürzung vornimmt. Zoomen wir mal etwas raus. Im Jahr

2023 haben 26.381 Bewerberinnen keinen Ausbildungsplatz gefunden (Berufsbildungsbericht 2024). Wie sehr die Chancen auf einen Ausbildungsplatz nach der beschlossenen Kürzung bei VW steigen, kann sich jeder selber ausrechnen.

Eine weitere Auswirkung des Abschlusses ist, dass die Ausbildung nun zentralisiert angeboten wird. Bedeutet: Werden bestimmte Berufe nur noch in Wolfsburg angeboten, werden den anderen Standorten noch mehr Ausbildungsplätze abgezogen. Auszubildende müssen dadurch ggf. längere Wege in Kauf nehmen oder umziehen.

Trotzdem war das Jahr 2024 von einer kämpferischen Haltung der Jugend geprägt. An den verschiedenen Standorten wurden Transparente und Banner entworfen und die eigenen Interessen auf die Straße getragen. Diese Hoffnung und Mobilisierung gilt es in den kommenden Auseinandersetzungen zu nutzen.

Foto: Privat



„Ein Team, eine Familie“?

Vorstandsvorsitzender Oliver Blume spricht in seinem Statement zur Tarifeinigung von „gemeinsamen Herausforderungen“ und „gemeinsamen Lösungen“. Sind wir bei VW – Aktionäre und Vorstände, Arbeiterinnen und Arbeiter – wirklich „ein Team, eine Familie“?

„Volkswagen gehört nicht allein den Aktionärinnen und Aktionären!“ Volkswagen gehört auch uns. „Der Belegenschaft.“ – Mit dieser Aussage beim Start der Verhandlungen bezog sich Daniela Cavallo auf die (dunklen) Wurzeln des Konzerns. Die Nazis gründeten Volkswagen in den 1930er Jahren als Teil der „Volksgemeinschaft“-Ideologie und als Rüstungsschmiede („Kübelwagen“).

Das Startkapital (130 Millionen Reichsmark) stammte direkt aus dem enteigneten Vermögen der 1933 zerschlagenen Gewerkschaften. Nach dem Krieg klagte der Deutsche Gewerkschaftsbund seine Eigentumsrechte an VW nicht ein und bekam dafür relativ starke Mitbestimmung und beim Börsengang von VW 1960 das VW-Gesetz. Damals lagen neben den 20 % der Aktien beim Land Niedersachsen weitere 20 % beim Bund.

Heute liegt der Löwenanteil beim Porsche-Piëch-Clan. Damit hat sich die einstige Waagschale zwischen „Beschäftigung“ und „Wirtschaftlichkeit“ wohl zugunsten letzterer geneigt – statt

„kooperativer Konfliktbewältigung“ heißt jetzt die Devise „maximale Rendite“ und „Klassenkampf von oben“. Wenn wir uns in Zukunft dagegen wehren wollen, dann liegt unsere Stärke nicht in guten Argumenten am Verhandlungstisch. Der gesamte Gewinn des Unternehmens entspringt unserer Arbeit. Daran erinnern wir am besten mit unserem Druckmittel Nummer eins: Arbeitskampf und Streik!

Impressum:
Herausgeber:
DKP Niedersachsen, SDAJ Niedersachsen
V.i.S.d.P.: Achim Bigus
Göttinger Straße 58, 30449 Hannover

Umbau statt Abbau

Personalabbau einerseits, Überstunden an Samstagen und Sonntagen andererseits - die Wolfsburger Nachrichten berichten über „Unruhe“ im VW-Werk: „Der geplante Personalabbau wird seine Spuren in allen Bereichen hinterlassen“ (WN, 17.1.25). In den Städten mit Volkswagen-Werken brodeln die berechnete Wut derjenigen, die jahrzehntlang für den sagenhaften Reichtum des Porsche-Piëch-Clans und bescheidenen eigenen Wohlstand gearbeitet haben.

Die Zukunft der Werke in Osnabrück und Dresden ist ungeklärt. In Osnabrück (über 2.000 Beschäftigte) läuft die Produktion 2027 aus. Nun spekulieren Medien über den Verkauf der Fabrik an einen chinesischen Hersteller – oder an ein Rüstungsunternehmen...

Die Haken am Tarifabschluss werden jetzt sichtbar: Arbeitszeitverlängerung bei gleichzeitigem Lohn- und Personalabbau. Umgekehrt wäre es gesellschaftlich und volkswirtschaftlich nützlich: Kurze Vollzeit für alle; gute Arbeit für diejenigen, die heute erwerbslos sind.

Können wir uns die Großaktionäre noch leisten?

Eigentümer und Manager der Autoindustrie fahren den Laden gerade gegen die Wand. Zu den Ursachen der Krise gehören Fehlplanungen und falsche Produktstrategien der Manager sowie die Weigerung von Autoindustrie und Regierung, die Weichen in Richtung einer echten Verkehrswende zu stellen.

Nützlich wäre die Produktion von kleinen smarten Autos und Fahrzeugen für den öffentlichen Verkehr. Zu hoffen bleibt, dass die für die Jahre 2026 und 2027 angekündigten Elektro-Kleinwagen ID.2 und ID.1 als Einstiegs-Stromer diese Lücke füllen können. Allerdings sollen sie wohl in Spanien gebaut werden. Die Stromer E-Golf und E-T-Roc

kommen wohl erst ab Ende des Jahrzehnts im Werk Wolfsburg. Bis dahin läuft noch viel Wasser die Aller hinunter. Luxusautos und hoch motorisierte SUV bringen weniger Absatz, weniger Arbeit - aber mehr Profit. VW, Mercedes und BMW machen mit immer größeren und teureren Autos hohe Gewinne, Arbeiterinnen und Arbeiter bangen um ihre Zukunft. Die Konzerne nutzen die Unsicherheit, um von den Beschäftigten Zugeständnisse zu verlangen und so die Renditen für die Aktionäre zu sichern. So funktioniert Kapitalismus.

Wir brauchen Garantien für Jobs, Einkommen und Weiterbildung für die

für den öffentlichen Verkehr produziert werden, führt das zu Mobilitätsarmut für Menschen mit kleinem Einkommen - und stärkt die Märchenerzähler der AfD.

Die Unternehmen werden ihrer Verantwortung nicht gerecht - es braucht politische Steuerung und mehr Mitbestimmung. Für Volkswagen sollte gelten: **Management und Aktionäre haben versagt.**

Das Unternehmen wird nach Artikel 14 und 15 unseres Grundgesetzes in öffentliches Eigentum überführt. Das Land Niedersachsen behält seine Anteile.



Guter Vorschlag auf der VW-Warnstreik-Demo (Foto: Privat)

Arbeitenden in einer Industrie mit Zukunft. Statt immer mehr Rüstung fordern wir ein Investitionsprogramm für sozial-ökologischen Umbau: bedarfsorientierte Investitionsplanung, kräftige Investitionen in die Infrastruktur, smarter Fahrzeugpark, mehr Personal für den öffentlichen Personenverkehr. Wenn der notwendige Rückbau der Automobilindustrie zu weniger Produktion von PKW führt, ohne dass z.B. Fahrzeuge

Das bezahlen wir nach der Übernahme als Genossenschaft oder gemeinnützige GmbH leicht aus den 150 Milliarden Gewinnrücklagen...

Um das alles durchzusetzen, braucht es mehr „Unruhe“ und Druck von unten. Denn es bleibt dabei: Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!



Stationierung neuer US-Raketen verhindern!

Unterschreibt den Berliner Appell gegen Erstschlagwaffen!

2026 sollen neue US-Raketen in Deutschland stationiert werden. Diese Raketen werden nicht mehr Sicherheit bringen. Im Gegenteil: Sie gefährden unser aller Leben. Deshalb unterstützt die DKP den „Berliner Appell“ gegen neue Mittelstreckenwaffen der Friedensbewegung.

Einige Infos zu den US-Raketen, die in unserem Land stationiert werden sollen und sich gegen Russland richten: Die für Deutschland vorgesehene SM-6 soll eine Rakete mit einer Reichweite von mehr als 1.600 Kilometern sein. Das entspricht einer Entfernung von Grafenwöhr (möglicher Stationierungs-ort) bis etwa 150 Kilometer vor Moskau. Die Flugdauer dürfte weniger als zehn Minuten betragen.

Die Tomahawk-Marschflugkörper bewegen sich mit einer Geschwindigkeit von etwa 880 km/h ins Ziel – in Flughöhen unter 200 Metern, meist liegen sie zwischen 30 und 90 Metern. Die Reichweite soll – je nach Typ – zwischen 1.650 und 2.500 Kilometer liegen. Damit kämen vier der insgesamt elf russischen Divisionen mit Interkontinentalraketen in die Reichweite der Tomahawks. Zusätzlich können die Tomahawks sechs der insgesamt zwölf russischen Frühwarnradaranlagen angreifen.



Die „Dark Eagle“-Hyperschallwaffen sollen eine Geschwindigkeit von über 20.000 km/h erreichen und gelten als nicht abfangbar. Die Reichweite liegt wohl bei mindestens 3.700 Kilometern. Somit wären damit Ziele bis etwa 500 Kilometer jenseits des Urals in Russland zerstörbar. Die Vorwarnzeit reduziert sich auf fünf Minuten.

Es handelt sich eindeutig um Erstschlagwaffen. Im Spannungs- und Kriegsfall wird sich die Auseinandersetzung vor allem in Europa abspielen. Weit weg also vom Territorium der USA, welche diese Raketen stationieren wollen. Derzeit sollen die genannten Systeme (noch) nicht mit Atomsprengköpfen bestückt werden. Aber das ist jederzeit möglich.

Die geplante Stationierung der US-Raketen ist ein Kernstück auf dem Weg Deutschlands in die „Kriegstüchtigkeit“. Gleichzeitig soll zusammen mit Polen, Spanien und Frankreich eine „eigene“ Mittelstreckenrakete entwickelt werden.

Termine und Ankündigungen

15. März | Hannover

Bundesweiter Aktionstag für modernes, innovatives und gerechtes Industrieland

Die IG Metall will Druck auf die neue Bundesregierung ausüben. Dazu hat sie eine Petition erarbeitet und plant dezentrale Aktionstage. Unsere Gewerkschaft fordert darin: Unsere Industrie-Arbeitsplätze müssen gesichert werden – sozial, ökologisch und zukunftsfähig. Der Wandel muss gerecht finanziert werden – verteilt die Kosten fair! Wir brauchen gute Arbeit. Niemand darf abgehängt werden, der Sozialstaat muss Brücken bauen.

2. bis 4. Mai | TU Berlin

Gegenmacht im Gegenwind – gewerkschaftliche Kämpfe als Antwort auf Rechtsruck, Transformation und Kürzungspolitik

Unter diesem Motto lädt die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit vielen DGB-Gewerkschaften zur 6. Konferenz gewerkschaftlicher Erneuerung.

Programm und Anmeldung: www.rosalux.de/streikkonferenz

6. bis 9. Juni | Volkspark Bottrop Festival der Jugend – Zeit für Widerstand

Steigende Kriegsgefahr, höhere Preise, Klimawandel, Leistungsdruck in Schule, Uni und Betrieb? „Es ist Zeit für Widerstand!“ Unter diesem Motto lädt die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) euch herzlich ein, im Sommer am 8. Festival der Jugend teilzunehmen!

Mehr: www.festivalderjugend.de

11./12. Juli | Salzgitter

Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg– Dritte Gewerkschafterkonferenz für den Frieden

Nach den Konferenzen in Hanau und Stuttgart soll diese nun in Salzgitter stattfinden.

Kontakt:

www.roter-kaefer.de
redaktion@roter-kaefer.de

@dkpniedersachsen

@dkpbraunschweig

@dkp_os

@dkp_hannover

@sdaj_hannover

@sdaj_osnabrück

@sdaj.kassel

@sdaj.braunschweig



Dir gefällt der rote Käfer und du möchtest die nächsten Ausgaben gerne digital auf deinem Smartphone lesen, dann schreib uns eine Mail und wir senden sie dir digital zu.